

p.B.15.21.Eu.(3) - RK/me

Bern, den 19. Juli 1977

VERTRAULICH

Besuch des Generalsekretärs des EPD, Botschafter A. Weitnauer,
in Sofia, 5. - 8. Juli 1977

1. Einleitung

Die Nennung des Namens Bulgarien ruft beim westlichen Beobachter - und vielleicht nicht nur bei ihm - im allgemeinen zwei wenig schmeichelhafte Assoziationen hervor: Erstens "tiefster Balkan", zweitens "treuer Vasall der Sowjetunion". Wer Gelegenheit hat, das Land für einige Tage zu besuchen und mit einigen seiner Bewohner - auch wenn es vorwiegend "Offizielle" sind - zu reden, wird das erste Vorurteil revidieren und das zweite zumindest relativieren. Wenn mit "tiefster Balkan" nämlich Rückständigkeit, Schmutz und raue Sitten gemeint sind, so ist Bulgarien kein "typisches" Balkanland. Sein Entwicklungsniveau hält heute dem Vergleich mit anderen Staaten des südlichen Europas durchaus stand. Wenn die Zahl der Autos pro Kopf der Bevölkerung noch weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt, so wird dies vom westlichen Besucher heute eher als Wohltat empfunden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist Sofia eine der saubersten, ruhigsten und bestgepflegten europäischen Hauptstädte seiner Grössenordnung. Die Bulgaren selbst können es, was Bildung, Aufgeschlossenheit und Charme anbetrifft, mit manchem ihrer Nachbarvölker vorteilhaft aufnehmen, soweit dies nach den ersten Kontakten zu beurteilen ist. Die Bevölkerung macht eher einen mediterranen denn slawischen Eindruck, mehr als die Rumänen, die doch so viel auf ihre Latinität geben (und von denen die Bulgaren behaupten, sie hätten 50 Prozent slawisches Blut ...).

Die zweite Assoziation ist schwieriger zu widerlegen, denn sie ist mehr als nur ein Vorurteil. Sie fusst auch nicht, wie die erste, auf Unkenntnis des Landes, sondern auf soliden geschichtlichen Tatsachen und zahllosen Aspekten der Gegenwart. Nächstes Jahr werden



- 2 -

es erst hundert Jahre her sein, seit Bulgarien dank russischer Hilfe von der fünfhundertjährigen türkischen Herrschaft befreit und zu einem unabhängigen Mitglied der europäischen Völkerfamilie wurde. Diese Tatsache hat kein Bulgare vergessen, und die Feiern des nächsten Jahres werden sie noch tiefer ins Bewusstsein einhämmern. Noch heute, 60 Jahre nach der Oktoberrevolution, thront Zar Alexander II. auf seinem Sockel auf einem der Hauptplätze Sofias. Sein Name steht zwar nicht mehr dort - er wurde durch die unpersönliche Inschrift "Den Befreiern" ersetzt - und die jüngere Generation weiss ihn nicht mehr auf Anhieb, aber dass das Denkmal einen Russen darstellt, steht ausser Zweifel. Das gute Verhältnis hat sich vom alten Russland fast nahtlos auf die Sowjetunion von heute übertragen. Bulgarien ist wohl das einzige slawische Land, welches ein so ungebrochenes und natürliches Verhältnis zum grossen Verwandten im Norden hat. Es hat mit ihm keine gemeinsame Grenze wie Polen, und es blieb ihm die bittere Erfahrung jäh enttäuschter Liebe zum grossen slawischen und kommunistischen "Brudervolk" erspart, die die Tschechoslowakei und in gewissem Masse auch Jugoslawien in der jüngeren Vergangenheit durchmachten. Dazu kommt, dass Bulgarien, das schon vor dem Krieg relativ starke Linksparteien hatte, den Kommunismus offenbar ohne grosse Widerstände übernommen hat. Deswegen Bulgarien einfach als eine sowjetische Provinz, sozusagen als deren 16. Unionsrepublik zu betrachten, wie dies oberflächliche westliche Kommentatoren bisweilen tun, wäre jedoch weit verfehlt. Bulgarien hat eine sehr ausgeprägte nationale Identität, die immerhin ein halbes Jahrtausend türkischer Besetzung überstanden hat. Auch äusserlich fühlt man sich keinen Moment in der Sowjetunion. Selbst das Mausoleum Dimitroffs und das im Stil der Stalinzeit erbaute Parteihauptquartier mit dem roten Stern auf dem Turm vermögen keine Moskowiter Atmosphäre zu suggerieren. Wie weit diese Unterschiede sich auch im politischen Leben auswirken, ist schwer zu bestimmen. Wenn, dann kommen sie eher in der Innenpolitik, vorab im Bereich der Wirtschaft, als in der Aussenpolitik zur Geltung, aber das ist kein exklusiv bulgarisches Phänomen. Auch wenn in der Substanz unsere Gesprächspartner im Aussenministerium kaum von der sowjetischen Linie

in der Europa- und Weltpolitik abwichen, so wurden ihre Argumente ohne jede Arroganz und Aufsässigkeit vorgebracht. Man hatte in keinem Moment das Gefühl, ergebenen Nachbetern, Handlangern oder gar Propagandisten des Kreml gegenüberzusitzen. Animiert wurde der Vortrag erst, als es um näherliegende Probleme ging, wie etwa die Zusammenarbeit auf dem Balkan, und direkt emotionell bei der Mazedonienfrage.

Mögen auch die Unterschiede zur sowjetischen Aussenpolitik minim und der Informationswert solcher Gespräche für uns gering sein, die Möglichkeit allein, an Ort und Stelle mit den Verantwortlichen reden und vor allem auch, ihnen unseren eigenen, oft kaum bekannten Standpunkt darzulegen, macht derartige Besuche schon wertvoll. Daneben gilt es auch eine politisch-psychologische Komponente zu berücksichtigen: Gerade ein kleines und relativ isoliertes Land wie Bulgarien schätzt und braucht solche Besuche aus dem Westen. Sie unterstreichen die Tatsache, dass wir es trotz seiner zahlreichen und intensiven Bindungen an eine Grossmacht als Partner ernst nehmen.

2. Entspannung, Abrüstung und andere weltpolitische Fragen

Unser Gesprächspartner im Aussenministerium war Vize-aussenminister Boris Z w e t k o w, zuständig für die Beziehungen zum westlichen Ausland, mit seinen Mitarbeitern Luben G o z e w (Chef der für Westeuropa zuständigen Abteilung), Agen N e i k o w (bis vor kurzem Botschafter in Finnland und als solcher KSZE-Spezialist, der auch zeitweise in Genf war), Baruh G r i n b e r g (stellvertretender Chef der UNO-Abteilung), Christo D a r e n k o w und Dimitar B o j k o w.

Zum Stande der Entspannung äusserte sich Zwetkow zuversichtlich: Sie sei im Fortschreiten begriffen, die Schlussakte von Helsinki habe ihren Erfolg sichtbar festgehalten. Leider gebe es immer noch Feinde der Entspannung, die sich schon vor Helsinki und auch jetzt wieder im Vorfeld von Belgrad bemerkbar machten. Sogar einige Regierungen hätten dieser Versuchung nachgegeben und z.B.

- 4 -

eine Kampagne für die Menschenrechte gestartet. Aber die Staatsräson werde sich als stärker erweisen. Vor allem gelte es jetzt, die politische durch die militärische Entspannung zu ergänzen, sonst hänge das Ganze in der Luft. Daher unterstütze Bulgarien alle Bestrebungen zur Abrüstung. So habe es als eines der ersten Länder den Atomsperrvertrag unterzeichnet und ratifiziert und unterstütze die Idee einer nuklearfreien Zone auf dem Balkan. Am vergangenen 18. Mai unterzeichnete Bulgarien zusammen mit einer Reihe anderer sozialistischer Staaten in Genf den ENMOD-Vertrag. Es unterstützt selbstverständlich die bekannten sowjetischen Ideen auf dem Gebiete der Abrüstung (Verbot von Atomtests, Rückzug von mit A-Waffen bestückten Schiffen aus dem Mittelmeer, Verbot von Massenvernichtungswaffen, Nichtersteinsatz von Atomwaffen, Nichterweiterung als erster Schritt zur Auflösung der Militärblöcke, Weltabrüstungskonferenz etc.). Schon ein kleiner Erfolg auf einem dieser Gebiete könne einen grossen Gewinn für die politische Entspannung darstellen.

Bei der nuklearen Abrüstung stehe selbstverständlich SALT im Vordergrund, doch sollten sich alle Nuklearstaaten der Welt an den Bestrebungen zur Abrüstung beteiligen. Carter wird in Sofia vorgeworfen, er wolle die Vereinbarung von Wladiwostok revidieren; die neuen amerikanischen SALT-Vorschläge seien ein Schritt zurück. Ueberhaupt stehe der mangelnde politische Wille gewisser Staaten dem Fortschritt entgegen. Im Westen werde eine Kampagne gegen die angebliche "sowjetische Drchung" geführt, um die Rüstung verstärken zu können.

Die MBFR, wo Bulgarien einen Beobachterstatus innehat, werden nur en passant gestreift. Die Belgrader KSZE-Folgekonferenz könne sich zwar im einzelnen nicht mit der Abrüstungsproblematik befassen, aber jede Gelegenheit müsse benützt werden, um darüber zu sprechen.

Zur Frage der Menschenrechte bemerkte Zwetkow, die USA versuchten, der Welt Lektionen zu erteilen, hätten aber nicht einmal

die beiden UNO-Konventionen über diese Materie unterzeichnet. Die Amerikaner versuchten in Belgrad, die Tagesordnung des Herbsttreffens so abzufassen, dass nur über die Menschenrechte gesprochen werde; es gebe jedoch noch andere wichtige Fragen. Es folgten die bekannten Argumente, die interne amerikanische Gesetzgebung hinke hinter den internationalen Normen einher (Stellung der Frau, kein Recht auf Arbeit etc.), im gleichen Atemzug aber auch die Warnung, man solle sich nicht in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen

Wir erwiderten, dass der Rüstungswettlauf auch uns Sorgen bereite, dass wir jedoch vom Verantwortungsbewusstsein der beiden Supermächte überzeugt seien. Das Haupthindernis auf dem Wege zur Entspannung sei das gegenseitige Misstrauen, welches durch den "Missionsdrang" einer jeden der beiden Supermächte unterhalten werde. Die eine möchte die Menschheit für die Demokratie, die andere für die Revolution reif machen. Was die Menschenrechte anbetrifft, so handle es sich nach schweizerischer Auffassung nicht um Rechte, die den Völkern "verliehen" werden könnten, da sie diese nach Naturrecht bereits besässen. Die Schweiz werde in Belgrad über die Menschenrechte sprechen, hätte aber keine Lust, die Debatte zu vergiften.

Unsere bulgarischen Gesprächspartner nehmen unsere Informationen über den letzten Stand der Vorbereitungsverhandlungen in Belgrad mit Interesse und sichtlicher Befriedigung entgegen.

Zur Lage im Nahen Osten äussert sich Zwetkow pessimistisch: Wenn in naher Zukunft keine Lösung gefunden werde, stelle dies eine Gefahr für die ganze Welt dar. Die Lage habe sich seit den Wahlen in Israel verschlechtert. Die Tatsache, dass Begin die Einberufung der Genfer Konferenz auf den Oktober angeregt habe, ändere nichts daran.

Die Ergebnisse des Nord-Süd-Dialogs werden in Sofia als "plutôt médiocres" beurteilt. Eine Lösung der Probleme wird dort

eher im Rahmen der UNO und ihrer Spezialorganisationen gesehen. Der Frage nach dem Beitrag der sozialistischen Staaten zu diesem Weltproblem wird mit dem bekannten Argument ausgewichen, die "imperialistischen" Länder hätten die dritte Welt jahrzehntelang ausgebeutet und seien daher allein für deren Entwicklung verantwortlich.

3. Zusammenarbeit auf dem Balkan

Bekanntlich hat Bulgarien anfangs 1976 an der von Ministerpräsident Karamanlis im Nachgang zur KSZE nach Athen einberufenen Konferenz der fünf Balkanstaaten teilgenommen, seither aber jegliches "follow-up" dieses Unternehmens blockiert und durch diese Haltung ein geplantes zweites Treffen dieser Art in Ankara bis jetzt verhindert. Es war daher interessant, sich über die Gründe und Hintergründe dieser Einstellung an Ort und Stelle zu informieren. Sofia vertritt die These, dass in einem politisch so heterogen zusammengesetzten Konglomerat von Ländern, von denen die meisten überdies untereinander Probleme hätten, eine Zusammenarbeit nur auf bilateraler Ebene in Frage komme. Das gegenseitige Vertrauen sei noch nicht stark genug, um eine subregionale Zusammenarbeit zu gestatten, wie es sich die Griechen, Jugoslawen und Rumänen vorstellen. Zudem seien die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit noch bei weitem nicht erschöpft. Dazu kämen die wirtschaftlichen Unterschiede: Bulgarien sei gegenüber seinen Partnern noch zu schwach, Griechenland und die Türkei hätten ähnliche Probleme gegenüber der EG. Eine zu enge multilaterale Zusammenarbeit könne sogar den innerbalkanischen Beziehungen schaden, da ein Land von den anderen in Minderheit versetzt werden könne ...

Trotz dieser Vorbehalte wird die Lage auf dem Balkan, die man hier nicht zu Unrecht als ein Barometer für diejenige in ganz Europa bezeichnet, in freundlichen Farben geschildert. Dies sei indessen allein das Verdienst der guten bilateralen Beziehungen! Was Bulgarien anbetreffe, so seien diese namentlich auf der technischen Ebene mit allen Nachbarstaaten eng, auch mit den beiden

NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei. Zum Beweis dafür werden die über 30 Abkommen mit Griechenland (u.a. zur Benützung des Hafens von Saloniki) und die Rückführung zahlreicher türkischer Familien aus Bulgarien in ihre angestammte Heimat ins Feld geführt. Im Konflikt zwischen den beiden Nachbarn um Aegais und Zypern bemüht sich Sofia um strikte Neutralität, obwohl seine Thesen (Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit, Souveränität und Blockfreiheit Zyperns) eher zur griechischen Seite zu neigen scheinen. Eine Lösung des Problems wird unter der Aegide der UNO gesehen. Bei dieser Gelegenheit erfährt der Besucher aus Mitteleuropa übrigens zu seiner Verwunderung, dass Zypern als Balkanstaat gilt. Man lernt nie aus ...

Die Beziehungen zu Rumänien werden als "problemlos", diejenigen zu Albanien als "plutôt froides" bezeichnet.

4. Die Mazedonienfrage

Ueber die Beziehungen Bulgariens zum grössten Balkanstaat, Jugoslawien, kann man nicht sprechen, ohne früher oder später auf die Mazedonienfrage zu stossen. Im Falle Zwetkows war dies schon nach weniger als einer Minute zum Thema "Jugoslawien" der Fall. Freilich, für Bulgarien existiere dieses Problem gar nicht, aber die Jugoslawen brächten es ständig aufs Tapet, vor allem in ihrer Presse, die eine regelrechte Propagandakampagne betreibe. Die bulgarische Presse hingegen bewahre vornehme Zurückhaltung. Laut jugoslawischer These gebe es ein mazedonisches Volk, welches heute in der gleichnamigen Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation eine Heimstätte gefunden habe. Die Jugoslawen behaupteten ferner, dass jenseits der Grenze in der Gegend von Pirin (südwestliches Bulgarien) eine mazedonische Bevölkerung lebe, die Anrecht auf einen besonderen Minderheitenstatus habe.

Demgegenüber steht die bulgarische These, nach welcher sich das historische Bulgarien aus vier Teilen zusammensetzte: Mysien, Thrazien, Dobrudscha und eben - Mazedonien. Alle diese Völker

hätten zusammen gegen die Türken gekämpft, wobei sich die Mazedonier durch besonderen Patriotismus ausgezeichnet hätten. Deshalb - und auch wegen der mit der bulgarischen sozusagen identischen Sprache - seien sie als Angehörige des bulgarischen Volkes und nicht als Mazedonier betrachtet und selbst in den türkischen Statistiken nicht separat aufgeführt worden. Das einzige Land, welches heute die Mazedonier als besonderes Volk bezeichne, sei Jugoslawien. Serbien habe schon im 19. Jahrhundert eine Assimilationspolitik betrieben. Da sich aber die Bewohner Mazedoniens im 2. Weltkrieg besonders aktiv im Kampf gegen den Faschismus gezeigt hätten, habe man ihnen im Nachkriegs-Jugoslawien dann eine eigene Republik geschaffen. Bulgarien habe keinerlei territoriale Ansprüche auf dieses Gebiet. Man schliesse in Sofia nicht aus, dass sich eines Tages dort (d.h. um Skopje herum) so etwas wie ein mazedonisches Bewusstsein heranbilde - aber das gehe Bulgarien nichts an.

Fürwahr, eine verwirrende Geschichte! Es gab also offenbar Mazedonier in der Vergangenheit, es wird sie vielleicht in der Zukunft wieder geben, aber im Moment gibt es sie nicht, weil es sie nicht geben darf. Ganz abwegig dürften jugoslawische Befürchtungen wegen versteckter territorialer Gelüste Sofias nicht sein, wenn man sich daran erinnert, dass das damals mit Deutschland verbündete Bulgarien nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens 1941 dessen südlichsten Teil - eben Mazedonien - sogleich annektierte.

5. Bilaterale Fragen

Zum Stande der Beziehungen Schweiz-Bulgarien zeigte sich Zwetkow befriedigt. Die Schweiz nimmt unter den westlichen Handelspartnern Bulgariens den vierten Platz ein. Bei dieser Gelegenheit dankt Zwetkow der Schweiz für die ab 1. Januar 1977 gewährten Zollpräferenzen. Weitere Vergünstigungen erhofft man sich in Sofia in den Bereichen Schuhe, Textilien und Möbel. Man erwartet den Besuch von Botschafter Sommaruga in Sofia.

Im kulturellen Bereich kommt, wie anderswo im Osten, das Bedauern über die Unmöglichkeit des Abschlusses von Kulturabkommen mit der Schweiz zur Sprache, wie auch dasjenige über den geringen Bekanntheitsgrad der bulgarischen Literatur in unserem Lande. Kontakte zwischen den Schriftstellern beider Länder werden von bulgarischer Seite als Abhilfe vorgeschlagen.

Im wissenschaftlichen Bereich besteht ein Briefwechsel zwischen dem Amt für Wissenschaft und Forschung des EDI und der bulgarischen Botschaft in Bern über eine weitere Zusammenarbeit.

Im politischen Bereich werden die bestehenden Kontakte als befriedigend bezeichnet. Zwetkow verweist auf die an Bundesrat Graber ergangene Einladung zu einem Besuch in Sofia. Eine weitere Einladung wurde von Vizeministerpräsident Lukanow bei dessen Besuch in Bern Bundesrat Brugger überreicht und von diesem angenommen.

Zwetkow bringt auch das alte bulgarische Desideratum nach Abschaffung der Visumpflicht auf, aber ohne besondere Insistenz. Sie wird nur noch als wünschbar bezeichnet. Als Ersatzlösung könnte man sich auch mit der Abschaffung der Visa für Diplomatenpässe abfinden. (Ein entsprechender Vorschlag wurde von der bulgarischen Botschaft in Bern Bundespräsident Furgler unterbreitet.)

Auch das altbekannte Thema der bulgarischen Emigranten in der Schweiz wird wieder aufgetischt. Es bestehe eine "feindlich gesinnte Gruppe von zwei bis drei Individuen", welche die Angehörigen der Botschaft in Bern durch Telefon und Briefe bedrohten und sogar vor der Botschaft demonstrierten. Einige Schweizer versuchten, diese Aktivitäten zu vertuschen, die Schweizerpresse führe eine "anti-bulgarische Kampagne". Man erwarte Gegenmassnahmen.

Wir antworten zur Visumsfrage, dass diese weiter geprüft werde. Was die Emigranten betreffe, so bleibe die Schweiz weiter

- 10 -

wachsam. Von einer Aenderung dieser Politik könne keine Rede sein.

Wir benützen die Gelegenheit, um einige humanitäre Fälle (Familienzusammenführung, Eheschliessung) zur Sprache zu bringen, die die bulgarische Seite ihrerseits zur Prüfung entgegennimmt. Nach bulgarischen Angaben wurden 80% der ca. 200 mit diversen Ländern hängigen humanitären Fälle gelöst. Ausgenommen davon seien Bulgaren, die sich nicht an ihre eigenen Behörden im In- oder Ausland wendeten und solche, die im Ausland eine "organisierte, gegen Bulgarien gerichtete Aktivität" entfalten.

Bemerkenswerte Aufmerksamkeit erweckte der kleine Vortrag, den der Unterzeichnende vor etwa vierzig, der französischen Sprache mächtigen höheren Beamten des Aussenministeriums über die schweizerische Aussenpolitik gehalten hat. Es wurden im Anschluss daran viele und intelligente Fragen gestellt. Sie bekundeten ein grosses Interesse und vielleicht auch eine besondere Sympathie für unser Land.



(A. Weitnauer)